

//PRESSEINFORMATION//

40/2020

Saarbrücken, 10.12.2020

Dramatischer Anstieg der Infektionszahlen - Jetzt handeln!

GEW Saarland fordert sofortige Umstellung auf das Lernen von zuhause

Saarbrücken – Wegen der stark ansteigenden Infektionen mit dem Coronavirus ist ein harter Lockdown bis zum 10. Januar 2021 auch für das Saarland im Gespräch. Die Schulen und Kitas müssen bei dem Versuch zur Eindämmung der Pandemie mit einbezogen werden, wie es u.a. die Nationale Akademie der Wissenschaft Leopoldina fordert. Angesichts der dramatischen Situation im Saarland begrüßt die GEW diesen harten, aber leider notwendigen Schritt.

Die Landesregierung hat es im Sommer versäumt tragfähige Strategien, u.a. für einen Wechselunterricht zu schaffen. Die Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte arbeiten seit Monaten am Limit. Zudem belegen die zahlreichen Infektionsfälle und Quarantänemaßnahmen in den Bildungseinrichtungen, dass Schulen und Kitas keine absolut sicheren Orte sind. Bei den Lehrer*innen hat der Inzidenzwert im Saarland bereits die kritische Marke von 200 überschritten.

Ein „weiter so“ der Politik im Saarland ist nicht mehr zu verantworten. „Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht mehr aus um die Pandemie einzudämmen. Es ist grob fahrlässig, wenn jetzt nicht schnell gehandelt wird“, so Birgit Jenni, GEW Landesvorsitzende.

Zur Umsetzung des Gesundheitsschutzes unterstützt die GEW Saarland den Vorstoß der Bundeskanzlerin, spätestens ab dem 16. Dezember und bis zum 10. Januar einen Lockdown durchzuführen. Damit verbunden wäre für diese Zeiten vor und nach den Fest- und Feiertagen Zeiten eine Umstellung auf das Lernen von zuhause sinnvoll. Für Grundschulen und Kitas müssen in dieser Zeit Notbetreuungen eingerichtet werden.

Ab dem 11. Januar fordert die GEW eine zumindest vierwöchige Umstellung auf Wechsel-, bzw. Hybridunterricht ab Klassenstufe 7. Damit den Schüler*innen keine Nachteile durch z. B. versäumte Leistungsnachweise entstehen, wäre zu prüfen, ob es hilfreich ist, die Ausgabe der Halbjahreszeugnisse um zwei Wochen auf den 12. Februar zu verschieben. ■